

Englischer Rückzug?

London, 17. Mai. Daily Express zufolge ist Frankreich eine neue Denkschrift der englischen Regierung eingereicht worden, in der darauf hingewiesen wird, daß die Rede Lloyd Georges in Frankreich augenscheinlich nicht verstanden worden sei, insbesondere seine Erklärung wegen der Erlaubnis, die Deutschland erhalten solle, in Oberschlesien einzuziehen. Das Blatt sagt weiter, die englische Regierung müsse, daß alle möglichen Schritte unternommen würden, um die Erfüllung des Friedensvertrages sowohl durch die Polen als auch durch die Deutschen zu sichern.

Paris, 17. Mai. Chicago Tribune meldet, daß die Washingtoner Kreise auf Seiten Lloyd Georges stehen. Der amerikanische Botschafter, der zum ersten Male bei den Beratungen des Obersten Rates zugegen sein wird, dürfte angewiesen sein, sich vollständig neutral zu verhalten. Amerika wird wahrscheinlich den englisch-italienischen Block in der Oberschlesien-Frage unterstützen.

Zusammenkunft Niderlands mit dem belgischen König

Brüssel, 17. Mai. Präsident Villersand traf gestern in Brüssel mit dem König der Belgier zusammen. Dem Empfang in der Präsele und einem anschließenden Bankett hielten der König und der Präsident Ansprachen, in denen die enge Verknüpfung der französisch-belgischen Beziehungen und ihrer Einmütigkeit in der Reparationsfrage betont wurde.

Amerika und die deutschen Schuldscheine

London, 17. Mai. Wie die Morning Post aus Washington meldet, herrscht unter den Beamten des Schatzamtes und unter den Bankiers großes Interesse an dem in Aussicht stehenden Verkauf der Wiedergutmachungsschuldenscheine in den Vereinigten Staaten. Die Ansichten über die Höhe des Preises, der in den kommenden Jahren in Amerika untergebracht werden kann, sind verschieden. Der Betrag wird auf 100 bis 200 Millionen Dollar geschätzt.

Französische Anleihe in Amerika

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“) Paris, 18. Mai. Eine französische Anleihe von 100 Millionen Dollar wird bald in den Vereinigten Staaten gemacht werden. Die Verhandlungen zwischen dem Finanzminister und der Vertreter der Morganbank sind beendet. Die französische Regierung ist befriedigt.

Frankreichs Abneigung gegen eine Konferenz der Alliierten über Oberschlesien

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“) Paris, 18. Mai. Nach englischen Meldungen soll an der Konferenz über Oberschlesien außer Briand und Lloyd George Italien, Belgien und vielleicht auch die Vereinigten Staaten teilnehmen. In politischen Kreisen Frankreichs ist man von der Nützlichkeit dieser Konferenz überzeugt. Briand hat gegen eine Aussprache nichts einzuwenden, aber er hält sie weder für eilig noch für unerlässlich. In der Presse sprachen sich die Abneigung noch deutlicher aus.

Korfanty will räumen

Oppeln, 17. Mai. Der polnische Exekutivkomitee, an dessen Spitze Korfanty steht, hat an die Interalliierten-Kommission in Oppeln ein Telegramm folgenden Inhalts gerichtet:

„Oberschlesien hat sich 12 Tage lang im Zustand befunden. Das polnische Volk hat niemals den Aufbruch erhoben, durch Gewalt zu triumphieren, aber es hat sein Leben für seine heiligen Rechte hingeben. Der Anblick gibt zu, daß in der Leidenschaft des Aufstandes die Grenzen der Klugheit überschritten worden sind, aber unsere begeisterten Streikkräfte sind nunmehr bereit, einen Rückzug anzutreten, groß genug, um zu sichern, daß die Feindseligkeiten mit den Deutschen sofort aufhören, vorausgesetzt, daß das Gebiet das sie räumen, von alliierten Truppen und nicht von deutschen Truppen besetzt wird. Wir werden ihnen kein Hindernis an die Deutschen überlassen, aber wir werden ihnen bei der alliierten Kommission überlassen. Wir bitten demgemäß, daß die geräumte Zone von den Alliierten besetzt werde, so daß die polnische Bevölkerung nicht unter Vergeltungsmahregeln zu leiden hat, wie sie bereits vorgekommen sind.“

Warschau, 18. Mai. Der Zusammenbruch der Gewerkschaft Korfantys ist die Folge seiner Unfähigkeit, aus politischen Känderbanden eine Armee zu bilden. Schon in den letzten Tagen häuften sich die Nachrichten aus Oberschlesien, daß Korfanty vor dem Zusammenbruch steht. In Oberschlesien wird an allen unrichtigen Stellen berichtet, daß Korfanty am Ende seiner Kräfte sei, da er die Banden weder führen noch versorgen könne. Die gefangenen Polen haben übereinstimmend ausgesagt, daß sie die verprochene Löhnung niemals erhalten hätten.

Kattowitz, 17. Mai. Korfanty befindet sich, wie hier einmündig festgestellt wurde, in Schoppinitz. Das Hauptquartier der polnischen Insurgenten ist gleichfalls in Schoppinitz. Der Stab liegt im dortigen evangelischen Pfarrhaus.

Polnischer Vorstoß auf Gohle

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“) Berlin, 18. Mai. Wie dem Lokalanzeiger aus Oberschlesien gemeldet wird, greifen die Polen seit gestern abend 7 Uhr von Seithwitz mit starken Kräften die deutsche Front bei Kreuzburg an. Ihr Hauptstoß richtet sich auf Gohle. Die Höhen östlich Gohle sind in ihrer Hand. Ein gleichzeitiger Angriff auf Nischütz ist abgeblieben. Auch eine fälschliche Umfassung auf Hellewald ist eingeleitet. Dieser mit starken Kräften unternommene Angriff bezweckt, den äußersten Flügel des Selbstschutzes abzuschneiden und den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt in die Hand zu bekommen. Deutsche Gegenmaßnahmen sind angelehrt.

Schandtaten der polnischen Insurgenten

Kattowitz, 17. Mai. In Nicolai wurden in der gestrigen Nacht, nach dem Abzug der Italiener, sieben Deutsche, die sich an der Verteidigung von Nicolai an der Seite der Italiener beteiligt hatten, aus dem Welt geholt und in Unterkleidung sofort erschossen.

Berlin, 17. Mai. Aus Oberschlesien liegen heute nur wenige Meldungen vor, die aber erkennen lassen, daß die Lage unverändert ist. Im Landkreis Neutichen und im Kreis Kofel haben Schieberereien stattgefunden. Bei Kofel wird sehr stark mit Wein geschossen. Aus Warschau liegen Berichte vor, daß die Werbebereitschaft trotz des Verbotes der Warschauer Regierung ihre Tätigkeit fortsetzen, nur mit dem Unterschied, daß dies früher offen, jetzt aber verdeckt in noch viel größerem Umfang geschieht. Auch die Werbung für die Freiwilligen-Bataillone wird in großem Maße fortgesetzt.

Wauden, 17. Mai. Die polnischen Insurgenten haben bei der Besetzung des hiesigen, dem Herzog von Ratibor gehörigen Schlosses in schamloser Weise geplündert. Dem Herzog ist das Automobil und der Schmuck der Herzogin geraubt worden. Ebenso wurden sämtliche Silber, die Kleider und Schuhe des Erbprinzen, sowie alle Geldmittel geraubt. Die Pferde aus dem Park wurden von den Insurgenten als Beute weggeführt.

Lebensmittelknappheit in Oberschlesien

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“) Bentschen, 18. Mai. Die Lebensmittel sind außerordentlich knapp geworden. Sowohl in Neutichen wie auch in Kattowitz gibt es kein Fleisch, keine Eier und keine Milch. Das Kinderleiden ist dadurch sehr groß. Die Sterblichkeit der Brustkinder hat in einzelnen Bezirken eine bedenklich hohe Ziffer erreicht. Der englische Kreisfunktrollen von Tarnowitz ist Pfingsten von den Insurgenten verschleppt worden. Es ist ihm durch List gelungen, nach Tarnowitz zurückzukehren, wo er in einer Klinik

Aufnahme gefunden hat. Die deutsche Bevölkerung bedachte ihn anlässlich seiner Rückkehr mit Blumenpfeifen. Der Kreisfunktrollen erließ daraufhin am Tarnowitzer Stadtplatz eine Anzeige, in der er der deutschen Bevölkerung für die Anteilnahme an seinem Schicksal dankt.

Die Reichsbankgelder für Oberschlesien

Berlin, 17. Mai. Wie aus London gemeldet wird, sind die Botschafter der Verbändemächte in Berlin von der interalliierten Kommission für Oberschlesien darauf aufmerksam gemacht worden, daß die deutsche Reichsbank sich weigere, die fälligen Löhnungsgelder nach Oberschlesien zu überweisen. Die Botschafter hätten darauf die Reichsbank zur unverzüglichen Abfindung des Geldes angehalten. Daß die Abfindung der Gelder von der Reichsbank verweigert worden ist, trifft im Wesentlichen auf Über von einem Ersuchen der Botschafter an die Reichsregierung ist bisher nicht bekannt. Es ist richtig, daß an jedem Jahrestage 250 000 000 Mark von der Reichsbank nach Oberschlesien geschickt werden, es ist ferner richtig, daß die interalliierte Kommission an die Reichsregierung das Ersuchen gestellt hat, die Reichsbank zur weiteren Überweisung der Gelder zu veranlassen, daß sich aber die Reichsbank infolge der unsicheren Verhältnisse in Oberschlesien nur dazu bereit erklärt hat, nur für vier Eruben die Löhne zu zahlen, was einen Betrag von 86 000 000 Mark ausmacht. Die interalliierte Kommission hat sich damit aber nicht einverstanden erklärt, und die Behauptung aufgestellt, daß sich die Verhältnisse in Oberschlesien außerordentlich gebessert (?) hätten, und daß deshalb der Lebensstandard der Gelder nicht im Wege läge. Als Legationsrat von Wollte als Vertreter des Auswärtigen Amtes sich persönlich von dieser Forderung überzeugen wollte, hat ihn der Vertreter der Generalkonsul von Venedig, mitteilen lassen, er könne keine Garantie für die Sicherheit des Legationsrates von Wollte übernehmen. (1)

Preßeffimmen

Berlin, 18. Mai. Das Rückzugstelegramm Korfantys an die interalliierte Kommission betrachten die Blätter als ein Eingeständnis, daß Korfanty sein Unternehmen als gescheitert ansieht. Gleichzeitig aber erblicken die Blätter in dem Telegramm ein Mandat des Insurgentenführers, um auf einem Umwege zu Verhandlungen über die Festlegung der Demarkationslinie zu gelangen.

Die Post. Jtg. schreibt: Die einzige Antwort der Entente-Kommission müsse nach Lage der Dinge nur darin bestehen, daß sie vor allen Dingen die Ablieferung sämtlicher Waffen die Auslieferung der Korbeltführer und die vollständige und unverzügliche Räumung des ganzen Abstimmungsgebietes verlangt.

Die Germania verlangt vor allem Sühne für die vielen Verbrechen, die vorgekommen sind.

Der Vorwärts schreibt: Der Zustand als solcher war ein Verbrechen und ist als solcher von der interalliierten Kommission zu behandeln.

Wie die Post. Jtg. meldet, hat Korfanty gleichzeitig mit der Abfindung seines Telegramms an die interalliierte Kommission einen Aufruf an die Insurgenten gerichtet, in dem er die selbständige Demobilisierung der Mannschaften mit der Aufforderung funktioniert, daß alle, die nicht erforderlich seien, möglichst bald zur Arbeit zurückkehren sollen. Zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Lage sei es notwendig, daß man die Beamten wieder in ihre Positionen einsetze. Wenn noch einige, so wird in dem Aufruf gesagt, unter ihnen der persönliche Freiheit beraubt sind, so sollten sie in Freiheit gesetzt werden. Ein Tagesbefehl des obersten Feldherrn der Aufständischen Dolina befiehlt die strengste Befolgung des Aufrufes.

Schweden und der Völkerbund

Stockholm, 17. Mai. In der Reichstagsdebatte über die Forderung der Alliierten um die Abgabe von Schweden an den Völkerbund der Nationen äußerte sich der Ministerpräsident Erik Rydberg, daß die Lage Schwedens nach dem Krieg keineswegs besser sei als vorher. Er hob hervor, daß der Grundlag des Völkerbundes werde sich zwar offensichtlich mit der Zeit lebensfähig zeigen. Offensichtlich habe aber der Völkerbund bisher noch nicht genügend Stärke bewiesen. Man brauche nur an China und Oberschlesien zu denken. Der zunehmende Zustand der Welt gelte den kleinen Staaten nicht, ihre Mithilfe zu vernachlässigen, zumal Schweden und seine Nachbarstaaten bei der ersten Gelegenheit von Rußland bedroht würden. Ertragere sühnte aus, daß die Hoffnung, der Völkerbund werde ein Leuchtfeuer des Friedens sein, ein leerer Traum gewesen sei. Sein Feuer brenne kaum noch sichtbar. Die Selbstschuldigung Schwedens würde das schwedische Wortes in internationalen Fragen stark beeinträchtigen.

Amerika und die Petroliumfrage

Washington, 17. Mai. Staatssekretär Hughes antwortete auf eine Anfrage im Senat, daß er jedesmal Vorstellungen bei den fremden Regierungen erheben werde, wenn Petroliumrechte, die den Charakter eines Monopols haben, wo immer es auch sei, zum Schaden amerikanischer Bürger bewilligt werden.

Der erste französische Vertreter beim Vatikan

Paris, 17. Mai. Der Senator Fournier hat sich einer „Hohobemündung“ zufolge an die Spitze des Ministerpräsidenten Briand bereit erklärt, die französische Gesandtschaft beim Vatikan zu vertreten unter der Bedingung, daß seine Mission nur von kurzer Zeit sei.

Die Wahlen in Italien

Rom, 17. Mai. In fast allen Wahlkreisen trägt der Regierungsbund den Sieg davon. Salanda wurde wiedergewählt. Auch Ritti ist wiedergewählt worden. Die Niederlage der Kommunisten ist vollständig. In den früheren Österreich angehörigen Gebieten siegen überall die Sozialisten, nur im Gebiete der Hochsteph gewonnen die deutschen Parteien vier Sitze. Offiziell wird als vorläufiges Ergebnis mitgeteilt: Liberale und Demokraten: 240 bis 685; Sozialisten: 80 bis 110; Kommunisten: 10 bis 15; Volkspartei: 95 bis 105; Faschisten und Nationalisten: 25 bis 30 Sitze.

Wenngleich somit der Ordnungsbund über eine Mehrheit verfügt, so ist es doch ungewiss, daß der Erfolg weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Bedeutsam sind die Verluste der Sozialisten, die in der letzten Kammer über 156 Mandate verfügten. Besonders Erwähnung verdient der völlige Mißerfolg der Kommunisten. Die extremen Kräfte auf der rechten Seite der Kammer, die Nationalisten von der faschistischen Richtung Mussolini haben weit mehr als die doppelte Anzahl der Kommunisten Mandate erringen können. Das Wahlergebnis bedeutet alles in allem eine Stärkung der Position Bollettis, der jedenfalls den bisherigen Kurs der italienischen Politik beibehalten und eine systematische Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung erwirken wird. Das italienische Wahlergebnis bedeutet eine Gewähr für eine fortschreitende innere Konsolidierung der italienischen Politik.

Das Deutschtum im Ausland

Salzburg, 17. Mai. Die Vereinigung des Vereins für das Deutschtum im Auslande und des Deutschen Schulvereins wurde gestern in einer Festversammlung im Stadttheater vollzogen. Landesoberhauptmann-Stellvertreter Preußler feierte in seiner Ansprache den Zusammenstoß als eine nationale Tat, als eine Würdigung für das Erscheinen des Tages, wo die enttäuschten Deutschen ihre Freiheit wieder erringen würden. Bürgermeister Preis erklärte, man könne den Anstoß verbieten, aber nicht verhindern, sich geistig zusammenzuschließen. Der Obmann des Deutschen Schulvereins Dr. Groß bezeichnete als nächste Aufgabe die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Beziehungen durch Aufhebung aller wirtschaftlichen und kulturellen Schranken. Der erste Vorsitzende des Vereins der Deutschen im Auslande Dr. Diers übermittelte den Dank der Reichsdeutschen für den warmen Empfang.

Deutsch-chinesisches Handelsabkommen

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“)

Berlin, 18. Mai. Das Wirtschafts-Informations-Büro der Regierung der chinesischen Republik teilt in seinen laufenden Berichten mit, daß der Vertrag bezüglich der Wiederaufnahme des Handelsverkehrs zwischen China und Deutschland nunmehr im Entwurf fertiggestellt und nach Berlin abgegangen sei. Der neue deutsch-chinesische Vertragstext enthält keine Bestimmungen über extra territoriale Vorrechte. Sollten in Berlin keine wesentlichen Einwände erhoben werden, so wird das Handelsabkommen unterzeichnet werden, sobald die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und China wieder angeknüpft sind.

Die deutsche Kohle in England

Berlin, 17. Mai. Die in der deutschen und ausländischen Presse häufig erwähnte deutsche Kohle, die jetzt zur Vindierung der durch den englischen Streik verursachten Kohlennot nach England gelangt, ist Kohle, die Deutschland auf Grund des Spa-Abkommens an die Entente liefern muß und die von Frankreich und Belgien nach England verkauft wird, während direkte Verträge von deutschen Produzenten nach England nicht stattgefunden haben.

Saarbrücken, 17. Mai. Bei den heute in der Bergwerksdirektion zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Bergarbeiter und Metallarbeiterverbände abgehaltenen Lohnverhandlungen erklärten die Vertreter der Arbeiter, daß sie den Verkauf von Saarkohle nach England nicht dulden könnten. Das Solidaritätsabkommen sei bei den Bergarbeitern sehr stark ausgeprägt, und sie zögen es vor, Freierkämpfer zu werden, anstatt Streikbrecherdienste zu leisten. Die französische Direktion erklärte, daß ein direkter Verkauf nach England nicht stattdünde, daß sie aber durch den Streik neue Abgabebiete gewonnen hätte und daß die Bergarbeiter, falls diese Abgabebiete nicht gewonnen worden wären, im Monat Mai nur 17 Schichten hätten verfahren können.

Freie Einfuhr von rohem Kaffee

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung.“)

Berlin, 18. Mai. Durch eine in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung gelangende Benachrichtigung, daß die Einfuhr von rohem Kaffee sowie Tee freigegeben ist von dem Tage des Inkrafttretens der Benachrichtigung ab, bedarf es einer besonderen Einfuhrbewilligung für die Ware nicht mehr. Das Einfuhrverbot für mit rohem Kaffee, z. B. gebranntem, geröstetem oder auch gemahltem Kaffee, für Kaffeepulver usw. bleibt nach wie vor bestehen. Einfuhrbewilligungen dürfen grundsätzlich für diese Waren nicht erteilt werden.

Die Einnahmen der Reichseisenbahnen

Berlin, 17. Mai. Amtlich wird mitgeteilt: In einer Heberung im Rechnungsjahr 1920 über die Reichseinnahmen findet sich die Bemerkung (Berz. Deutsche Anz. Nr. 220), die Einnahmen der Reichseisenbahnen seien um über eine Milliarde hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Die finanzielle Lage der Eisenbahnen sei hierdurch um so eher betroffen, als auch die Ausgaben des Voranschlags bedeutend übertrieben. Diese Angaben sind unzutreffend. Nach dem vorläufigen Einnahmevericht sind die Einnahmen um mehr als zwei Milliarden höher als in dem gleichfalls festgestellten Hauptetat für 1920 geschätzt worden war. Allerdings werden diese Mehreinnahmen in der Hauptsache ausgeglichen durch die Mehrausgaben, die aus der erhöhten Menge der Bezüge des Personals entstehen. Insgesamt tritt aber eine Erhöhung des Reinertrags der Reichseisenbahnen, wie er Anfang 1920 vorgezogen war, nicht ein.

Erwerbslose und Krankenversicherung

§ 186 der Reichsversicherungsordnung schreibt vor, daß wenn Krankenkasse eine Anzahl von Versicherten gewahrt wird, die bisher von ihrem Arbeitsverdienst Angehörige waren oder überwiegend unterhalten hat, neben der Krankenkasse auch eine Erwerbslosenunterstützung bestehen, müssen von ihrer Gemeindebehörde bei der zuständigen Krankenkasse weiter verfahren werden. Ist dies nicht der Fall, so muß die Gemeinde den Kranken alles gewähren, was sonst die Krankenkasse zu leisten hätte. Das Reichsversicherungsamt hatte sich nun kürzlich mit der Frage zu befassen, ob die Erwerbslosenunterstützung die „Arbeitsverdienst“ im Sinne des vorhin angeführten § 186 der Reichsversicherungsordnung zu gelten hat. Es hat diese Frage wieder alles Erwarten verneint und auf Grund dieser Entscheidung erhalten die Angehörigen von erwerbslosen Erwerbslosen kein Hausgeld. Der erwerbslose Erwerbslose wird sich sagen, daß die Erwerbslosenunterstützung doch der Ersatz des Arbeitsverdienstes ist und die Angehörigen von Erwerbslosen das Hausgeld in der Regel doch noch viel notwendiger haben als die Familien von in Arbeit stehenden Personen. Des weiteren ist zu berücksichtigen, daß in beiden Fällen die gleichen Beiträge gezahlt werden. Hier macht man als nicht so eigentümliche Unterschiebe beginn, man verzichtet gegen der Minderleistung infolge Wegfall des Hausgeldes nicht auf einen Teil des Beitrages. Wenn der Arbeitslose nicht die Möglichkeit hat, Arbeitsverdienst zu erzielen beginn, ihm die Unterstützung seiner geistigen und körperlichen Tätigkeit zu wirtschaftlichen Zwecken einzuweisen unmöglich gemacht wird, so darf diese Tatsache doch niemals dazu beitragen, dem bei eintretender Krankheit vielfach doppelt Bekümmerten einen Teil seiner Ansprüche an die soziale Beschäftigung zu nehmen, in diesem Falle also das Hausgeld. Die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes ist antisozial, mag man sie brechen und wenden, wie man will.

Zum Ausscheiden des Staatssekretärs Busch

aus dem preussischen Landwirtschaftsministerium am 4. Mai schreibt die „Adn. Volkszeitung“: Schon am 7. Mai 1921 hat das preussische Ministerium einen früheren Reichssekretär beauftragt, daß die Tätigkeit der parlamentarischen Staatssekretäre und Reichräte in den Ministerien nach Zusammentritt des Landtags ihr Ende finden solle. Die Stelle im Landwirtschaftsministerium, an dessen Spitze jetzt ein Nachmann steht, Dr. Wernhold, soll auf Wunsch des Ministerpräsidenten Stegerwald nicht wieder besetzt werden. Seit etwas über zwei Jahren hat Staatssekretär Busch, bekanntlich auch Reichs- und Landtagsabgeordneter für den Wahlbezirk Köln-Nach, sein Amt verwaltet mit regem Eifer und energischer Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen, zu der er durch sein Amt verpflichtet war. Abg. Busch ist bekanntlich aus dem Postdienst hervorgegangen; in seiner langjährigen parlamentarischen Tätigkeit hat er sich das volle Vertrauen der rheinischen Landwirtschaft erworben, auf deren einmütigen Vorschlag er auch bei den beiden letzten Wahlen wieder gewählt wurde. Auch die Landwirte des Ostens sehen ihm, wie wir verhoffen können, aus dem Ministerium ungerne scheiden. Die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb noch vor einigen Tagen: „Staatssekretär Busch hat sich während seiner Tätigkeit im Landwirtschaftsministerium in verdienstlicher Weise bemüht, sachliche Auffassung zur Geltung zu bringen und Schimmereis zu verhüten.“

Staatssekretär Busch hat bei allem Eintreten für den landwirtschaftlichen Berufsstand doch stets eine Politik des Ausgleichs getrieben und wir hoffen, daß er nach seinem Ausscheiden aus dem Amte seine parlamentarischen Mandate mit aller gewohnter Mäßigkeit ausüben wird.